

Die 'Freiheit' erscheint täglich zweimal, Samstags und Sonntags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen 'Neue Welt' - 'Frauen-Welt' und 'Der Jugend-Geselle'. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21 - M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Vorkauf nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druckband desogen für Deutschland, Belgien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostpreußen und Danzig 25.- M., für das übrige Ausland 28.- M.

Die schweizerische Monatszeitschrift über den Raum höherer u. - M. einschließlich Schweiz, Ost- und Westpreußen: Das letztgedruckte Wort 2.00 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Postgebühren. Postfreie Ausgaben ins Ausland Familien-Anzeigen und Stellen-Gebote 4.00 M. netto pro Zeile. Stellen-Gebote in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Ein Hilferuf aus Rußland Hungerstreik der politischen Gefangenen

Aus Moskau ist der Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands auf Umwegen folgendes vom 5. Januar datiertes Telegramm zugegangen:

Die im hiesigen Butyrki-Gefängnis internierten Sozialdemokraten und Gewerkschafter sind in den Hungerstreik getreten. Die Ursache des Hungerstreiks ist die geplante Verschickung von 35 politischen Gefangenen nach Turkestan, wo sie zum Teil unter Polizeiaufsicht leben, zum Teil in die dortigen Gefängnisse gesperrt werden sollen. Da die Durchführung dieser Maßnahme einem Todesurteil gleichkommt, haben die Genossen zu dem letzten verzweifelten Mittel gegriffen, in den Hungerstreik zu treten. Sie sind entschlossen, diese Maßnahme selbst um den Preis der größten Opfer durchzuführen. Sie appellieren an das westeuropäische Proletariat, ihnen in dem Kampfe gegen den hochbeweislichen Terror beizustehen.

Der hier wiedergegebene Hilferuf der in den Moskauer Gefängnissen internierten Sozialdemokraten und Gewerkschafter muß in allen Kreisen des westeuropäischen Proletariats die stärkste Beachtung finden. Schon seit Monaten weisen wir darauf hin, daß die in den Gefängnissen Sowjetrußlands internierten Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Syndikalisten und Anarchisten einem fürchterlichen Terror unterworfen sind, der an die Zeiten der Zarenherrschaft erinnert. Die Verhältnisse wurden indes nicht besser, vielmehr letzten die Schergen der Sowjetregierung, unter denen sich zahlreiche Mittel aus der Zarenzeit befinden, ihre schmutzige, gewalttätige Arbeit fort, indem sie unter der Leitung der berüchtigten 'Außerordentlichen Kommission' ihre ganze Energie auf die Bekämpfung und Terrorisierung der Vertreter der sozialistischen Parteien richteten. Selbst als am Jahrestage der Oktober-Revolution eine Amnestie erlassen wurde, erlangten zwar die verurteilten Weißgardisten, Spekulant, Desraudanten und sonstige korrupte Elemente aus der Sowjetbureaucratie die Freiheit wieder, aber die in den Gefängnissen schmachtenden Sozialisten, von denen viele seit über einem Jahr auf Grund administrativer Verfügungen eingesperrt sind, blieben nach wie vor dem Terror und dem Hunger in den Gefängnissen preisgegeben.

In der letzten Zeit hat sich die Lage der politischen Gefangenen in den Sowjetgefängnissen noch infolgedessen verschlechtert als nach einem genau ausgearbeiteten Plane die sozialistischen Gefangenen aus den Provinzgefängnissen nach Moskau geschafft und von dort nach Turkestan transportiert werden. Hier kommen die Gefangenen unter die Gewalt des berüchtigten Bluthundes Peters, eines der grausamsten Leiter der russischen Außerordentlichen Kommission, der hier nach Guldbraten mit den Gefangenen verfahren kann. Der Abtransport der politischen Gefangenen nach Turkestan bedeutet nichts anderes als ein Todesurteil für die Gefangenen. Er bedeutet ferner die Fortsetzung jenes heuchlerischen Spiels, das die Sowjetregierung be-

treibt. Während sie angesichts der neuen internationalen Verhandlungen und des Zustromes auswärtiger Diplomaten und Berichterstatter die Moskauer Gefängnisse zu 'säubern' sucht, um ihren Terror nicht in so abschreckendem Lichte erscheinen zu lassen, sorgt sie gleichzeitig dafür, daß jene Sozialisten, deren Einfluß auf die Arbeiterklasse sie auch vom Kerker aus fürchtet, nach Zentralasien geschafft werden, damit sie dort von einem ihrer erprobtesten Henker unschädlich gemacht werden.

Das westeuropäische Proletariat hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, gegen dieses schändliche Treiben der Sowjetregierung seine Stimme zu erheben. Namentlich jetzt, wo die in den Moskauer Kerker internierten Genossen den Hungerstreik begonnen haben, weil sie die herrschenden Zustände einfach nicht länger ertragen können, muß der Protest des gesamten internationalen Proletariats so laut und vernehmlich erschallen, daß sich ihm auch die Mächthaber im Kreml nicht mehr länger verschließen können. Die jetzt in den Hungerstreik getretenen Genossen fordern 1. daß die geplante Verschickung nach Turkestan aufgehoben wird, und 2. daß sie entweder in Freiheit gesetzt oder vor Gericht gestellt werden. Diese Forderungen sind das Mindeste, was man von der Sowjetregierung verlangen kann. Darüber hinaus muß aber von der Moskauer Regierung, die vorgibt, im Namen des russischen Proletariats zu herrschen, verlangt werden, daß sie endlich ihrem schändlichen System der Verfolgung und Terrorisierung andersdenkender Proletarier ein Ende macht; daß sie endlich aufhört, Hunderte von tapferen Männern und Frauen die seit Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung stehen, in den Gefängnissen zu martern; und daß sie endlich mit Herrschaftsmethoden bricht, die nur geeignet sind, den Sozialismus und Kommunismus vor aller Welt zu kompromittieren und den Zusammenschluß des internationalen Proletariats aufzuhalten.

Wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, befinden sich gegenwärtig im Butyrki-Gefängnis zu Moskau etwa 50 bis 60 Sozialdemokraten und Gewerkschafter, darunter die Mitglieder des sozialdemokratischen Zentralkomitees Dahn, Usherwanin, Jeschom (Bruder von Marxow), Nikolajewski, Schwarz und Judin, ferner die Mitglieder des Zentralkomitees des Jüdischen Arbeiterbundes Swiatzki, Kronsohn usw. Von den genannten Genossen sollen auch die beiden letzteren nach Turkestan transportiert werden. Besonders hervorzuheben ist, daß ein Teil der Gefangenen schon fast anderthalb Jahre einsekeriert und daß sie weder gerichtlich abgeurteilt sind, noch daß gerichtlich Anklage gegen sie erhoben ist. Ihre Gefangennahme ist also nichts anderes als ein roher brutaler Willkürakt.

Es ist ferner noch zu erwähnen, daß der Plan eines allgemeinen Hungerstreiks schon vor einiger Zeit von den gefangenen Genossen erzwungen wurde. Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erließ daraufhin ein Verbot, einen Hungerstreik zu beginnen. In letzter Zeit jedoch schienen die Zustände so unerträglich geworden zu sein, daß die gefangenen Genossen trotz dieses Verbotes den Hungerstreik begonnen haben.

erfüllen wäre, wäre die Anerkennung der Barkriegsschulden Rußlands. Lord George wandte sich sodann gegen die Haltung Frankreichs, das Beziehungen zu der Sowjetregierung ablehnte, während es mit den Kemalisten einen Vertrag abgeschlossen habe. Hier machte Briand den Einspruch, daß er die Kemalisten in London kennengelernt habe.

Sodann stimmte den Vorschlägen Lord Georges zu und erklärte, Pasternak denke nicht daran, sich in die innerpolitischen Verhältnisse anderer Völker einzumischen, wünche aber zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Europas beizutragen. Auch Theunis schloß sich den englischen Vorschlägen an mit der Erklärung, daß ein Industrieland wie Belgien an der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Mitteleuropa großes Interesse habe. Der japanische Delegierte Kawaschi erklärte, die Vorschläge des englischen Ministerpräsidenten zur Kenntnis zu nehmen. Briand stimmte auch grundsätzlich zu, betonte aber die Notwendigkeit, von Rußland Garantien zu verlangen.

### Lloyd Georges Programm in der Kommission

EE. Cannes, 6. Januar.

Ein heute nachmittag veröffentlichtes Communiqué berichtet über den Gang der Vermittlungssitzung und teilt mit, daß gewisse von Lloyd George formulierte Vorschläge einem Komitee überwiesen wurden, das sich aus den Ministerpräsidenten und den Außenministern zusammensetzt und heute nachmittag um 3.30 Uhr zusammenzutreten wird. Andererseits wurde beschlossen, daß sich die Finanzminister zu einer noch genauer zu bestimmenden Stunde versammeln sollen, um den Bericht der mit der Untersuchung der Reparationsfrage betrauten Sachverständigen zu prüfen.

(Siehe auch 2. Seite.)

### Der Plan des Eigennutzes

Unter der täuschenden Bezeichnung: 'Das Hilfswort der deutschen Landwirtschaft' hat der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, das sind die agrarischen Unternehmerorganisationen, Mitte Dezember ein Programm aufgestellt, das im wesentlichen Vorschläge für eine nachhaltige Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung enthält. Inzwischen ist ihm der Reichslandbund mit einem ähnlichen Aufruf gefolgt. Unter grundsätzlicher Ablehnung jedes staatlichen Zwanges und unter Aufstellung anderer Forderungen erklärte sich der Reichsausschuß bereit, Einrichtungen zu treffen,

„um durch Ausbeutung außergewöhnlicher Mittel und Maßnahmen die deutsche Landwirtschaft instand zu setzen, die zur Sicherstellung der Volksernährung erforderliche Steigerung der Erzeugung aus eigener Kraft in nachhaltiger Zusammenarbeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmern herbeizuführen.“

Für diese Absichten erwarten die Vertretungen der deutschen Landwirtschaft die Anerkennung ihrer Uneigennützigkeit durch die nicht landwirtschaftlichen Kreise. Man hofft, wie einer ihrer Hauptführer, der Graf v. Braun, erklärte, auch auf das Verständnis in den Kreisen der Konsumenten. Denn der Plan der Landwirtschaft bedeute „neben der erheblichen Herabminderung der Abhängigkeit der Volkswirtschaft und unserer Staatsfinanzen vom Golddevisenmarkt auch die Erleichterung der Lebenshaltung unserer schwerarbeitenden Industriebesolterung und des notleidenden Mittelstandes“.

Die Forderungen, die an dieses 'Hilfswort' geknüpft sind, lassen aber berechtigten Zweifel an der Uneigennützigkeit der Absichten der Agrarier aufkommen. Denn es werden u. a. folgende Forderungen erhoben:

Tatsächliche Sicherung von Person und Eigentum, wirksamer Schutz des landwirtschaftlichen Betriebes gegen störende Eingriffe, Maßnahmen zur Deckung des landwirtschaftlichen Arbeiterbedarfs, Ausgestaltung des Steuerwesens, die sich der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und dem gesteigerten Produktionsbedürfnis anpaßt, Steuerliche Berücksichtigung von Eigenkapital, das der Landwirt zur dauernden und nachhaltigen Steigerung des Ertrages in der eigenen Wirtschaft aufwendet.

Prüft man diese Forderungen, so kann man darüber nicht im Zweifel sein, daß sie denselben egoistischen Absichten entspringen, wie die bekannten Forderungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Sie stehen demzufolge auch in schärfstem Widerspruch zu den Interessen der Allgemeinheit. Was verbirgt sich z. B. hinter der Forderung: 'Ablehnung jedes staatlichen Zwanges?' Doch nichts anderes als die Forderung der Agrarier, allein zu bestimmen, was gegenwärtig zur Sicherstellung der Volksernährung zu geschehen hat. Hat die Landwirtschaft aber durch ihr bisheriges Verhalten eine Garantie dafür geliefert, daß sie die Volksernährung sicherstellen werde? Ist nicht die Kartoffelverknüpfung, die Verknüpfung mit Brot und Fleisch aufs höchste gefährdet? Und soll man erst von den Kreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse reden? Selbst wenn man aber den Willen der gesamten Landwirtschaft zur Steigerung der Erzeugung als Tatsache voraussetzt, so bleiben doch diese Forderungen unerfüllbar. Denn im laufenden Wirtschaftsjahr ist die Landwirtschaft auf keinen Fall imstande, die Erzeugung in so großem Maße zu steigern, daß unser Eigenbedarf gedeckt werden kann. Ablehnung jedes staatlichen Zwanges ist auch nur die Verschleierung der Absicht nach Beseitigung des Umsatzeverfahrens für Getreide und nach Verhinderung anderer notwendiger gesetzlicher Maßnahmen, durch die die Verbraucher auf Gnade und Ungnade den Agrariern ausgeliefert werden. In der 'Deutschen Tageszeitung' vom 31. Dezember wird diese Absicht unverhüllt ausgedrückt:

„Die Zwangswirtschaft ist im Laufe des letzten Jahres immer weiter abgebaut worden. Ein Rest ist die Getreidemenge, die allerdings im Hinblick auf die Marktsituation in Getreide infolge der starken Entwertung des Geldes zur Sonderbesteuerung der Landwirtschaft geführt hat und also auf keinen Fall im nächsten Jahre wiederkehren darf. Denn damit würde das weitestgehende Hilfswort der Landwirtschaft einen tödlichen Stich erleiden.“

Ähnlich gefährlich sind auch die übrigen Forderungen. 'Tatsächliche Sicherung von Person und Eigentum' ist die Forderung nach beweisbarem Selbstschutz auf dem Lande. 'Schutz des landwirtschaftlichen Betriebes gegen störende Eingriffe' die Ablehnung jeder von den Interessen der Allgemeinheit erwünschten Regelung der Produktion. 'Maßnahmen zur Deckung des landwirtschaftlichen Arbeiterbedarfs' die Sehnsucht nach Beseitigung des Koalitions- und Streikrechts der Landarbeiter, der Arbeitszeitregelung und der Tarifverträge.

Am bedenklichsten aber ist die Forderung der 'Anpassung des Steuerwesens an die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Landwirte'. Nach der Meinung nicht nur der großen Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch nach dem Urteil der meisten Sachverständigen ist die Landwirtschaft finanziell nie so leistungsfähig gewesen wie gegenwärtig. Wie aber denken darüber die

### Die Konferenz in Cannes

Erste Aussprache über Lloyd Georges Hilfsprogramm

EE. Cannes, 6. Januar.

In der heutigen Vormittagssitzung, die um Cercle Maitique um 11 Uhr begann, führte Briand den Vorsitz. In seiner Eröffnungsrede deutete Briand an, daß man auf der jetzigen Konferenz zu endgültigen Beschlüssen kommen müsse, damit die einmal gefaßten Entschlüsse nicht immer alle Vierteljahre geändert werden müßten. In einer großen Rede entwarf sodann Lord George auf Einladung Briands seine Vorschläge über die allgemeine wirtschaftliche Lage in Europa und formulierte gewisse Vorschläge zur Wiederherstellung Europas, wobei er als Grundfrage seiner Ausführungen den Bericht der Konferenz der Industriellen und Finanzleute nahm, die in der letzten Woche in Paris getagt hatte. Der englische Ministerpräsident betonte, daß das Schicksal aller europäischen Staaten eng miteinander verknüpft sei. Es sei unbestreitbar, daß die Wirtschaftslage Rußlands wichtige Auswirkungen auf die der ganzen Welt und insbesondere auf Deutschland habe. Er legte die engen Zusammenhänge zwischen Ost- und Mitteleuropa dar. Die Wirtschaftslage müsse unbedingt eine Veränderung erfahren, was durch die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland geschehen könne. Frankreich hätte unter solchen Umständen ein Interesse an der Wiederaufnahme dieser Beziehungen, weil diese eine Besserung der deutschen finanziellen Leistungsfähigkeit und somit auch eine Besserung der deutschen Zahlungsfähigkeit hätten. Natürlich müßten einstweilen von der Sowjetregierung Sicherheiten verlangt werden. Eine der ersten Bedingungen, die zu





# Der ganze Norden

kann elegantes und preiswertes Schuhwerk tragen, wenn er den Inventurverkauf im Schuhhaus Cassel, Badstr. 54

**beachtet** Dort kaufen Sie z. B.

1 Paar eleg. Herrenstiefel, Rindboz, vorzügl. Fabrikat, schon für 235—245  
1 Paar elegante Herrenstiefel mit Lackkappe . . . . . für 265  
1 Paar Herrenstiefel, Fahlleder, besonders preiswert . . für 198

**Drei Minuten** Weg vom Bhf. Gesundbrunnen und Sie sind an der Quelle für  
Damenstiefel, Roß-Chevreaux, randgenäht oder  
Damenstiefel, prima Borzalk, Rahmenarbeit oder . . . . . Mf. 295  
Damenstiefel, Hochschaft, sehr elegant . . . . .

**Diese Preise** genügen vollständig, um unsere Leistungsfähigkeit zu beweisen; denn wer diese geringen Beträge und die vorzügliche Ware in Betracht zieht, ist zufrieden

**und ist überzeugt,** daß diese Anzeige ihn gut beraten hat und ein guter Wegweiser in diesen teuren Zeiten gewesen ist.

**Daß wir** aber noch billigere Ware und so große Auswahl haben, daß jeder etwas Passendes unbedingt findet, beweisen noch folgende Zeilen:

Sie kaufen bei uns

**Für Mf. 125**  
Damenhalbschuhe, prima Rindboz,  
mit und ohne Lackkappe  
**oder für Mf. 145**  
elegante Halbschuhe mit Stegspange

**Für Mf. 139 bis 159**  
eine Spezialmarke in ganz besond. haltbaren  
Kindernietenstiefeln in den Größ. v. 27-35  
**oder für Mf. 89 bis 99**  
Kinderstiefel in allen Größ. bis zur Nr. 35

**Mf. 95— bis 215—**  
genügen zum Ankauf eleganter Damenstiefel in Rindboz oder Roß-Chevreaux in vorzüglicher Ausführung

**Gute Ware** können wir außerdem in sogen. Fensterpaaren, speziell Damenstiefeln u. Halbschuhen (kl. Größ.) **anbieten!**  
Warmen Schuhen und Pantoffeln

# Arthur Cassel G.m.b.H.



